

<b>Zeitschrift:</b>	Protar
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Luftschutz-Offiziersgesellschaft; Schweizerische Gesellschaft der Offiziere des Territorialdienstes
<b>Band:</b>	12 (1946)
<b>Heft:</b>	4
<b>Rubrik:</b>	Berichterstattung aus der Bundesversammlung = Compte rendu des débats des Chambres fédérales

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 08.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Berichterstattung aus der Bundesversammlung

Drei Fragen sind es, die aus den Verhandlungen der Märzsession der eidgenössischen Räte die Angehörigen der Luftschutztruppen besonders interessieren werden, obgleich sie nicht allein den Luftschutz betreffen, sondern in den allgemeinen Rahmen der Diskussion über das Militärdepartement gestellt waren. Ueber die Notwendigkeit der Luftschutztruppen wurde überhaupt nicht diskutiert, weder in den verschiedenen vorberatenen Kommissionen, noch im Plenum des Nationalrats oder des Ständerats. Die Animosität, welche gegen sie in der ersten Zeit, die dem Ende der Feindseligkeiten in Europa folgte, sich äusserte, hat offenbar doch einer richtigen Einschätzung der Verhältnisse Platz gemacht. Es zeigte sich dies besonders auch in der grossen Rede von Herrn Bundesrat Kobelt, auf die wir noch zurückkommen werden.

Wir nennen zuerst die dringend notwendige Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über den

## Militärpflichtersatz,

die von beiden Räten diskussionslos gutgeheissen wurde und bereits für die Taxation von 1946 in Kraft tritt. Der Bundesrat führte in seiner Botschaft an die eidgenössischen Räte unter anderem aus: «Ausgehend von der Ueberlegung, dass der Sinn des Militärsteuergesetzes von 1878 ganz offenbar der sei, die Wehrpflichtigen, welche nach einer gewissen Anzahl von Dienstjahren dienstuntauglich geworden sind, militärsteuerrechtlich besser zu stellen als diejenigen, die keinen oder nur sehr wenig Dienst geleistet haben, erachtete man es nach Beendigung des ersten Weltkrieges als gerechtfertigt, die in Art. 6 MStG vorgesehene Steuerermässigung auch denjenigen Wehrpflichtigen zu gewähren, die — ohne die Voraussetzung von acht Dienstjahren zu erfüllen — während der Grenzbesetzung 1914—1918 ein erhebliches Mass von Aktivdienst geleistet hatten.» Um den veränderten Verhältnissen und den im Parlament geäusserten Wünschen Rechnung zu tragen, legte der Bundesrat den Räten den Entwurf zu dem genannten neuen Bundesbeschluss vor. Wir erwähnen dabei, dass die Frage einer gänzlichen oder teilweisen Befreiung vom Militärpflichtersatz im Nationalrat von den Herren Schmid (Zürich, dem.) und Pini (Biasa, rad.) aufgeworfen wurde, wobei letzterer besonders auch die Luftschutz- und Hilfsdienstpflchtigen einbezogen wissen wollte.

In teilweiser Abänderung des Bundesbeschlusses vom 21. Mai 1920 sieht der neue Bundesbeschluss vor:

Art. 1. Der Ersatzpflichtige schuldet von der seiner Altersklasse entsprechenden Ersatzleistung nur

a) die Hälften, wenn er nach mindestens acht Dienstjahren ersatzpflichtig geworden ist oder vor Beginn der Ersatzperiode oder bei Eintritt der Ersatzpflicht 251 bis 600 Aktivdienstage geleistet hat.

b) einen Viertel, wenn er nach mindestens 16 Dienstjahren ersatzpflichtig geworden ist oder vor Beginn der Ersatzperiode oder bei Eintritt der Ersatzpflicht mehr als 600 Tage Aktivdienst geleistet hat.

Art. 2. Als Dienstjahr im Sinne dieses Beschlusses wird dem Wehrpflichtigen angerechnet:

a) Jedes Kalenderjahr, in dem er eine Schule oder einen Kurs bestanden hat oder mindestens 13 Tage Aktivdienst geleistet hat,

b) jedes der Jahre 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945, in dem er mehr als sechs Monate zur Leistung des ihm wegen seiner Einteilung in einem Stabe, einer Einheit, einem Detachement oder in einer Organisation auffallenden Militär-, Hilfs- oder Luftschutzdienstes zur Verfügung gestanden und

c) jedes weitere Kalenderjahr, in dem er als Militärpflchtiger während mehr als sechs Monaten zur Leistung des seiner Altersklasse auffallenden Dienstes zur Verfügung gestanden hat, in diesem Fall auch dann, wenn er den Dienst versäumt hat.

Art. 3. Als Aktivdienst im Sinne dieses Beschlusses gilt jeder in den Jahren 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 befohlene oder freiwillig geleistete Dienst, für den der Wehrpflichtige den Sold bezogen hat, mit Ausnahme der im Schultableau verzeichneten Schulen und Kurse (Instruktionsdienst).

Soweit jedoch der in den Jahren 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 in diesen Schulen geleistete besoldete Dienst über das hinausgeht, was der Wehrpflichtige unter gewöhnlichen Verhältnissen nach den Bestimmungen der Militärorganisation über den Instruktionsdienst zu leisten gehabt hätte, gilt er ebenfalls als Aktivdienst.

So begrüssenswert die Gleichstellung der Angehörigen der örtlichen Luftschutzorganisationen mit den Armeetruppen ist, so müssen wir leider doch feststellen, dass die Angehörigen der VLO, ILO und ZKL auch hier wieder zu kurz kommen, trotz ihrer vielfach sehr grossen Dienstleistungen und ausserdienstlichen Beanspruchungen, da der BB für die Reduktion ausdrücklich den Vorbehalt macht, «Dienst, für den der Wehrpflichtige den Sold bezogen hat». So ist dies um so bedauerlicher, als für 1939 kein Unterschied zwischen den örtlichen und den andern Luftschutztruppen gemacht wurde, hingegen nachher irgendein überfriger Beamter der Militärsteuerverwaltung herausfand, es könnten dem Bundesfiskus einige Franken zugehalten werden, wenn nur auf den Sold abgestellt wurde. Wieviel guter Wille damals zerschlagen wurde, wollen wir hier unerörtert lassen.

## Einsparungen auf dem Militärbudget 1946.

Die nach der Dezemberession eingesetzte Militärikommission (Sparkommission),\*) die aus Parlamentariern aller Fraktionen und Sachverständigen der Verwaltung zusammengesetzt war, hatte den Auftrag erhalten, sämtliche Posten des Militärbudgets für das Jahr 1946 zu überprüfen. Grundlegend war, alle Ausgaben

\*) Vgl. Nr. 1/1946 der «Protar», Seiten 18/19.

zu vermeiden, die für die Landesverteidigung nicht unbedingt nötig seien, damit für die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des Bundes die verfügbaren Mittel bereitgestellt werden könnten, was dem Wünsche aller Bürger entspricht. Die Kommission hatte sich in vier Gruppen aufgeteilt. Bevor wir auf die einzelnen Anträge eingehen, möchten wir vorausschicken, dass der Luftschutz nicht besser und nicht schlechter beurteilt wurde, als irgendeine andere Waffengattung oder irgendein anderer Dienstzweig der Armee, und dass die den Räten beantragten Reduktionen mit einigen wenigen Ausnahmen im Einverständnis mit dem Chef ad int. der A+L, Herrn Oberstlt. König, beschlossen wurden, ja, dass dieser sogar selbst auf Einsparungen aufmerksam machte, die der Kommission vielleicht entgangen wären. Ebenso sei festgestellt, dass der Bundesrat in seiner Botschaft vom 1. März an die eidgenössischen Räte auf die Notwendigkeit aufmerksam machte, gegebenenfalls Nachkredite zu verlangen.

Was die beantragten Reduktionen im einzelnen angeht, können wir folgendes mitteilen:

Bei den *administrativen Ausgaben* der A+L wurde der Kredit um Fr. 40'000.— herabgesetzt auf Fr. 518'990.—. Es war dies möglich, weil einzelne Beamte den Bundesdienst verlassen haben, um in die Privatwirtschaft zurückzukehren, vor allem aber, weil die Abteilung Entlassungen vornahm, die sich wegen der Arbeitsabnahme rechtfertigen liessen, besonders im zivilen Sektor (Ausbildung und Ausrüstung der Hausfeuerwehren, Wegfall der Verdunkelungs- und Entrümpelungskontrolles, Bauliches u. a.). Diese Entlassungen werden im Laufe des Jahres 1946 noch fortgesetzt werden können.

Sodann konnten namhafte Einsparungen erzielt werden durch den *Wegfall der WK und RS*, sowie die *Reduktion der Kaderkurse*. Wir erwähnen hier vor allem die UOS, die Schulen für Fouriere und Fouriergehilfen und die Fachkurse. Der Kredit konnte um Fr. 43'100.— herabgesetzt werden auf Fr. 30'200.—, soweit es die Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 Beamtengesetz, Aushilfe bei der Ausbildung und Dienstkleider betrifft. Ferner wurde der eigentliche Kredit für die Kaderschulen um Fr. 139'689.— auf Fr. 147'500.— vermindert. Hier ist mitzuteilen, dass diese Herabsetzung in erster Linie die Kurse für den *schweren Gasschutz* angeht. Es sei uns dabei eine Zwischenbemerkung gestattet. Eine grössere Anzahl von Gemeinden besassen bisher für die örtliche zivile Feuerwehr keine Kreislaufgeräte. Es ist selbstverständlich, dass letztere nicht brachliegen dürfen, wenn sie dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen können. Nun ist es Tat-sache, dass die bisherigen Angehörigen der Ortsfeuerwehren nicht immer über die nötigen Kenntnisse und namentlich praktische Erfahrungen im schweren Gasschutz verfügen. Da ist es gegeben, dass ausgebildete Angehörige der örtlichen LO

beigezogen werden. Wenn aber Geräte und Mannschaften zur Verfügung der Ortsfeuerwehren, d. h. also der Gemeinden stehen sollen, so ist es anderseits angezeigt, dass diese die Pflicht auf sich nehmen, die Wartung der Geräte und die Weiterbildung und das Training der Träger selbst zu besorgen, ebenso, dass im Mobilisationsfall beide sofort wieder zur Verfügung der LO stehen. Hier wird u. E. der Eidg. Feuerwehrverein die Aufgabe übernehmen müssen, Kurse usw. zu veranstalten. Wir glauben übrigens zu wissen, dass eine diesbezügliche Verordnung des EMD in Vorbereitung ist.\*). Als logische Folgerung aus der Reduktion der Kurse und des Wegfalls der RS, UOS und WK konnte in der Rubrik «Erleichterung der Dienstpflicht» der Kredit für die *Schuhenschädigung* von Fr. 23'000.— auf bloss noch Fr. 4000.— herabgesetzt werden. In gleicher Weise wurde der Kredit für *Bekleidung und Ausrüstung* und derjenige für *Korps- und Schulmaterial*, der jetzt noch zusammenhaft Fr. 30'900.— beträgt, um Fr. 153'000.— vermindert. Ebenso war es möglich, den Kredit für *Materiallager und Werkstätten* der A+L um Fr. 23'000.— auf Fr. 32'000.— zu reduzieren.

Der besondere Kredit für den *Schutz der Zivilbevölkerung* ist von Fr. 58'000.— um Fr. 42'000.— auf Fr. 16'000.— herabgesetzt worden. Zunächst fällt die Subvention weg, die dem Schweiz. Luftschutzverband für die Aufklärung der Bevölkerung gewährt worden war, da er sich leider ja aufgelöst hat. Schon hielt die Sparkommission dafür, die *Kontrolle der Fernsteuerung des Sirenenetzes* sei nicht mehr eine teilweise Aufgabe des Bundes, sondern nur noch eine solche der Gemeinden. Art. 6 der bundesrätlichen Verordnung vom 18. September 1936 bestimmt allerdings: «Die Gemeinden haben für den richtigen Unterhalt und die Kontrolle ihrer Alarmanlagen auf eigene Kosten zu sorgen.» Wir wollen hoffen, dass alle in Betracht kommenden Gemeinden trotz dem Wegfall der Bundesbeteiligung das Nötige vorkehren werden; denn nach sechs Jahren intensiver Beanspruchung ist eine Revision der Anlagen dringend notwendig, insbesondere was die Wind und Wetter ausgesetzten Sirenen angeht.

Aus dem langen *Aktivdienst* röhren noch grosse Lasten her, die das Militärbudget anschwellen liessen. Darunter befinden sich auch Ausgaben für den Luftschutz. Zur Hauptsache handelt es sich da um Ausgaben, die den *baulichen Luftschutz* betreffen, d. h. um durch Verordnungen und Beschlüsse festgelegte Subventionen an bereits erstellte, aber noch nicht abgerechnete Anlagen. Der Kredit ist um Fr. 1'206'500.— gekürzt worden. Hier hat unseres Erachtens indessen die Kommission einen falschen Weg betreten. Die noch bewilligten Fr. 815'000.— werden schwerlich genügen, um die vom Bunde eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn einmal alle Abrechnungen in bereinigter Form

\*) Verfügung des EMD vom 25. 3. 46 (siehe Seite 82).

vorliegen, wird es nicht zu umgehen sein, einen Nachkredit zu bewilligen.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass auch im Budget des Departements des Innern, speziell in demjenigen der *Direktion der eidgenössischen Bauten*, Ausgaben für den Luftschutz enthalten waren. Gleich wie andere Hochbauten gekürzt oder gestrichen wurden, wurden die Kredite für bauliche Aufwendungen in Zeughäusern reduziert, wobei es sich u. a. um Alarmanlagen handelt, die als nicht mehr notwendig erachtet wurden. Die genauen Zahlen sind aus der bundesrätlichen Botschaft, dem Sparkommissionsbericht und den Ratsverhandlungen nicht ersichtlich.

\*

Die Finanzkommissionen beider Räte, in denen die Herren Nationalrat Dr. Meierhans (Zürich, soz.) und Ständerat Dr. Fricker (Aargau, kk.) referierten, hatten den Sparbericht eingehend durchberaten. Sie kamen zum Schluss, ihm zuzustimmen, was in beiden Räten geschah, obgleich es nicht an einzelnen Stimmen fehlte, die noch weitergehende Kürzungen befürworteten. Besondere Luftschutzfragen wurden dabei nicht behandelt.

### Die Zukunft der Luftschutztruppe.

Zu zwei Interpellationen, welche die Herren Jaquet (Basel, lib.) und Barben (Spiez, Jb.) wegen der künftigen Gestaltung der Landesverteidigung eingereicht hatten, erläuterte in einer längeren Rede der Chef des Eidg. Militärdepartementes den Standpunkt des Bundesrates und der Landesverteidigungskommission, wobei er u. a. betonte, dass die *Ortswehr* nicht aufgelöst werden könne, sondern bei einer neuen Mobilmachung wieder ihre Aufgabe auszuführen hätte, um darauf über den *Luftschutz* folgende Ausführungen zu machen (wir zitieren nach dem Stenogramm):

«Dass in einem künftigen Kriege der Schutz vor Luftangriffen eine noch grössere Bedeutung zukommen wird als im soeben zu Ende gegangenen Kriege, steht ausser Zweifel. Welches Ausmass die Verwendung von *Atombomben* annehmen wird, kann heute noch nicht ermessen werden. Die Zivilbevölkerung in den Städten wird ihrer Einwirkung in weit grösserem Masse ausgesetzt sein als die im Felde stehende Armee. Ich fürchte, wir seien mit dem Abbau der zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffenen Luftschutzmassnahmen unter dem Drucke der öffentlichen Meinung über das zulässige Mass bereits hinausgegangen. Nationalrat Dr. Oeri hat letztthin hier im Rate ähnliche Bedenken geäussert. Die vom Eidg. Militärdepartement eingesetzte Sonderkommission zum Studium von Luftschutzfragen hat ihren Bericht auf den kommenden Monat in Aussicht gestellt. Sie bejaht grundsätzlich die Beibehaltung des *Luftschutzes* und wird Vorschläge für eine Reorganisation vorlegen.

Aller Voraussicht nach wird die Abteilung für Luftschutz als selbständige Abteilung des EMD

aufgehoben und der Generalstabsabteilung im Rahmen des Territorialdienstes angegliedert. Dabei besteht die Absicht, die *Luftschutztruppe in die Armee einzuordnen* und die baulichen Massnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung in den Städten und Ortschaften der Verantwortlichkeit der kantonalen und Gemeindebehörden zu überlassen. Der Bund würde sie nach wie vor in ihren Massnahmen durch Empfehlungen und Beitragsleistungen unterstützen.

Auf Grund von Gesprächen mit ausländischen Heerführern konnten wir feststellen, dass die Erfindung der Atombombe vorläufig Anlass gab, die Organisation, Bewaffnung und Kampfführung der Feldheere und die *Luftschutzmassnahmen* zu ändern.

Der *Territorialdienst* wird weiter ausgebaut. Es hat sich als notwendig erwiesen, dass, unabhängig von den beweglichen Heereinheiten, eine territoriale Organisation für alle ortsgebundenen Elemente geschaffen wird.»

Im Verlauf seiner Ausführungen kam Herr Bundesrat Kobelt dann auch darauf zu sprechen, dass bei keiner Armee auf ein Mindestmass an *Abteilungs- oder Einzeldrill* und formelles Exerzieren verzichtet worden ist. Man werde jedoch darüber wachen müssen, dass Uebertreibungen vermieden werden. Der militärische Gruss sei eine Anstandspflicht. Vereinfachungen würden aber angestrebt, auch auf dem Gebiet des Meldens. Die Dienstvorschriften würden einer gründlichen Ueberprüfung unterzogen. Sehr nachdrücklich wies der Chef des EMD auch darauf hin, dass unser Ziel sein müsse, dass jeder Wehrmann mit Achtung und nicht dienstverdrossen, sondern mit Freude und dem Gefühl, Notwendiges gelernt und nützliche Arbeit geleistet zu haben, aus seinem Wehrdienst zur zivilen Tätigkeit zurückkehre. Der Wehrmann müsse auch in vermehrtem Masse belehrt werden, dass er, wenn er glaubt, Grund zu berechtigter Klage zu haben, vom gesetzlichen *Beschwerderecht* Gebrauch machen solle. Die *Offizierslaufbahn* solle jedem tüchtigen und fähigen Wehrmann offen stehen, der über die für einen Vorgesetzten notwendigen körperlichen, geistigen und vor allem charakterlichen Eigenschaften verfüge. Wer aber im zivilen Beruf aller Voraussicht nach keine Vorgesetztenfunktionen auszuüben imstande sein werde, dürfte auch als militärischer Führer versagen.

Das sind Worte, die allgemein beherzigt werden dürfen, soweit ihnen noch nicht immer nachgelebt worden ist. Wir möchten besonders auf das Beschwerderecht und damit im Zusammenhang auf die dienstliche Unterredung hinweisen, die bei uns im Luftschutz vielfach noch zu wenig bekannt sind.

Alles in allem darf der Luftschutz mit der Märzsession sehr zufrieden sein. Wir wollen uns dessen würdig zeigen, auch in der gegenwärtigen Zeit des Zuwartens.

Lt. Eichenberger.

## Compte rendu des débats des Chambres fédérales

L'animosité contre la P. A. dont nous avons souffert après la fin des hostilités a fait place, heureusement, à une appréciation plus équitable tant des mesures générales de protection anti-aérienne que surtout de la troupe de P. A. elle-même. Nous notons que ni au Conseil national, ni au Conseil des Etats, qui siégèrent en session de printemps, la P. A. ne fut l'objet d'une critique et nous relevons en particulier que le grand discours du chef du Département militaire sur la réorganisation et le développement de l'armée, dans lequel il fut aussi question de l'organisation future de la P. A., ne trouva pas d'objection.

Mentionnons d'abord, parmi les objets figurant à l'ordre du jour des deux conseils, un arrêté fédéral concernant le calcul de la

### taxe militaire

en fonction du service accompli, arrêté qui fut voté dans les deux conseils sans aucune discussion et dont voici les principales dispositions:

Article premier. L'assujetti ne doit, sur la taxe militaire correspondant à sa classe d'âge:

a) Que la moitié s'il a été assujetti après huit années de service au moins ou si, avant le début de la période d'assujettissement, ou au moment où il a été assujetti, il avait accompli 251 à 600 jours de service actif;

b) que le quart s'il a été assujetti après seize années de service au moins ou si, avant le début de la période d'assujettissement, ou au moment où il a été assujetti, il avait accompli plus de 600 jours de service actif.

Art. 2. Est considéré comme année de service au sens du présent arrêté:

a) Toute année civile durant laquelle l'homme a accompli une école, un cours ou treize jours au moins de service actif;

b) chacune des années 1914 à 1918 et 1939 à 1945 durant laquelle il a été à disposition pendant plus de six mois pour faire le service militaire, le service complémentaire ou le service dans la protection anti-aérienne qui lui incombaient du fait de son incorporation dans un état-major, une unité, un détachement ou un organisme;

c) toute autre année civile durant laquelle il a été à disposition pendant plus de six mois pour faire le service incomitant à sa classe d'âge, même si, dans ce cas, il a manqué un service.

Art. 3. Est considéré comme service actif au sens du présent arrêté tout service commandé ou volontaire accompli au cours des années 1914 à 1918 et 1939 à 1945, pour lequel l'homme a touché la solde, à l'exception des écoles et des cours figurant au tableau des écoles (service d'instruction).

Toutefois, en tant que le service accompli dans ces écoles et ces cours durant les années 1914 à 1918 et 1939 à 1945 excède ce que l'homme aurait dû faire, dans les conditions ordinaires, en conformité des dispositions de l'organisation militaire relatives au service d'instruction, il est considéré également comme service actif.

Art. 4. Le présent arrêté s'appliquera pour la première fois, lors de la fixation de la taxe afférente à l'année 1946.

L'arrêté répond à un vœu exprimé non seulement par les militaires, mais aussi par plusieurs députés aux Chambres. S'il peut donner satisfaction d'une manière générale aussi aux troupes des D. P. A., il n'en est pas de même, malheureusement, en ce qui concerne nos camarades des P. A. I., P. A. E. et P. A. A. qui sont exclus du bénéfice, vu que l'exception se base sur la solde touchée; l'on sait que nos camarades ne touchèrent pas la solde, sauf pour les services accomplis en dehors du cadre de leur entreprise ou administration.

Nous avons parlé dans notre chronique de la session de décembre dernier de la

### réduction des crédits militaires,

proposée par les rapporteurs du budget de la Confédération. Une commission avait été nommée ensuite, composée en partie de représentants des groupes politiques des Chambres, en partie d'experts militaires dont le chef ad int. du Service fédéral de P. A., M. le lt.-col. Koenig. Cette commission examina à fond, mais sans parti-pris, tous les chiffres du budget militaire, et l'on peut dire que l'administration elle-même proposa des réductions qui auraient échappées aux parlementaires. C'est pourquoi le rapport présenté aux Chambres, s'il donnait lieu à un débat sur l'entrée en matière, au cours duquel quelques orateurs proposaient une réduction générale encore plus forte, ne fut nullement amendé.

Quant aux réductions portant sur le *budget du Service fédéral de P. A.*, nous pouvons communiquer les chiffres suivants:

*Administration générale:* Réduction de fr. 40'000.—, motivée par la réduction du personnel (démission de fonctionnaires rentrant dans l'industrie privée, et licenciement d'auxiliaires ensuite de la diminution des tâches administratives). *Suppression des cours de répétition et réduction du nombre des cours d'instruction* destinés aux cadres: fr. 43'100.— (débours et indemnités selon la loi sur le statut des fonctionnaires, aides pour l'instruction et vêtements de service), plus fr. 139'689.— (frais propres des cours spéciaux, p. ex. pour le service du gaz). *Prestations en vue d'alléger le service:* fr. 19'800.— (indemnités pour chaussures, diminuées automatiquement par la suppression ou réduction des cours et écoles). *Habillement et équipement personnel et matériel de corps et d'école:* fr. 153'000.— (même motif que pour le crédit précédent). *Protection de la population civile:* fr. 42'000.— (le contrôle du réseau d'alarme et des sirènes incombera à l'avenir aux seules communes). Du budget extraordinaire: *Frais de la protection antiaérienne locale et de l'administration:* fr. 1'206'500.—. (Contribution de la Confédération à la construction d'abris, etc. Vu qu'il s'agit surtout de travaux terminés, mais pour lesquels

les comptes n'ont pas encore présentés au Service fédéral, le crédit restant de fr. 815'000.— ne suffira guère pour remplir les obligations contractées, de sorte qu'un crédit supplémentaire s'imposera sans nul doute). En outre, des dépenses pour la P. A. figurerait aussi au *budget de l'Intérieur*, resp. à celui de la Direction des constructions. Celles-ci ont été supprimées, mais l'économie réalisée de ce fait nous échappe quant au montant.

#### L'organisation future de la P. A.

Répondant aux interpellations de MM. Jaquet (Bâle, lib.) et Barben (Spiez, jeune-paysan), M. Kobelt fit un vaste exposé, bien documenté, sur toutes les questions de la réorganisation et du développement de l'armée. En ce qui concerne la protection antiaérienne, il dit notamment (nous suivons la traduction officielle du discours):

«Il n'y a pas de doute que, dans une nouvelle guerre, l'importance de la protection antiaérienne sera plus grande encore que dans celle qui vient de se terminer. On ne saurait dire, dès maintenant, dans quelle mesure la bombe atomique sera employée. Ce qui est certain, c'est que la population civile des villes en ressentira les effets encore plus que l'armée en campagne. *Je crains que, sous la pression de l'opinion publique, nous n'ayons déjà que trop réduit les mesures de protection antiaérienne.* Le conseiller national Oeri a exprimé ici, récemment, la même crainte. La commission spéciale instituée par le Département militaire fédéral pour l'étude des questions de protection antiaérienne déposera son rapport le mois prochain. Elle se prononce en principe pour le maintien de la protection antiaérienne et présentera des propositions en vue de sa réorganisation.

Le service de la protection antiaérienne sera probablement supprimé en tant que service du Département militaire fédéral et sera rattaché au service de l'état-major général, comme organe du service territorial. On envisage d'incorporer les

troupes de protection antiaérienne à l'armée et de laisser aux autorités cantonales et communales le soin et la responsabilité de prendre les mesures de protection antiaérienne pour la population des villes et des villages. Comme par le passé, la Confédération fera des recommandations à ces autorités et leur accordera des subsides.

Ainsi qu'il ressort d'entretiens que nous avons eus avec des chefs militaires étrangers, la découverte de la bombe atomique n'entraîne pas pour le moment des modifications dans l'organisation, l'armement et la conduite des armées de campagne, ni dans les mesures de protection antiaérienne.

Le service territorial sera développé. Il s'est révélé nécessaire de créer, en dehors des unités d'armée mobiles, une organisation territoriale pour tous les éléments tenus de rester sur place.»

Mentionnons, pour terminer, que M. le chef du Département militaire préconise qu'aucune armée étrangère n'a renoncé complètement au drill individuel ou en subdivision ou même aux exercices formels, mais qu'il s'agira toutefois d'éviter toute exagération. Le salut militaire est un devoir de politesse et de convenance; des simplifications peuvent encore être introduites; elles sont à l'étude, également en ce qui concerne la manière de s'annoncer. Le supérieur doit voir dans chaque soldat le concitoyen et l'homme, et mettre surtout en relief ses qualités personnelles. La carrière d'officier doit être ouverte à tout citoyen possédant les qualités physiques, intellectuelles et surtout morales indispensables à un supérieur. Enfin, M. Kobelt déclara aussi qu'il faut plus que par le passé apprendre au soldat qu'il peut recourir à son droit de plainte. Nous regrettons de devoir constater que ce reproche peut aussi s'adresser en partie à la toupe de P. A.

Somme toute, la session de printemps des Chambres fédérales peut nous donner une grande satisfaction morale. A nous de nous en montrer dignes, surtout dans cette période d'attente.

Lt. Eichenberger.

## Bundesratsbeschluss über die Abänderung der Verordnung betreffend Alarm im Luftschutz

(Vom 10. April 1946)

Der schweizerische Bundesrat beschliesst:

#### Art. 1.

Art. 18 der Verordnung vom 18. September 1936\*) betreffend Alarm im Luftschutz wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Art. 18. Fabriksirenen und ähnliche für Zeichen irgendwelcher Art verwendete Einrichtungen können, ohne im Frequenzbereich beschränkt zu sein, unter der Bedingung verwendet werden, dass die Zeichen aus einem Dauerton bestehen.

\*) A. S. 52, 735.

#### Art. 2.

Die vorgenannte Verordnung wird durch den Art. 18bis, 18ter und 18quater folgenden Wortlautes ergänzt:

Art. 18bis. Die Verwendung an- und abschwellender Heultöne zu andern als Luftschutzzwecken ist grundsätzlich untersagt.

Das Eidg. Militärdepartement ist indessen ermächtigt, die Verwendung solcher Heultöne ausnahmsweise zu öffentlichen Zwecken zuzulassen.

Art. 18ter. Das Eidg. Militärdepartement ist ermächtigt, die Alarmeinrichtungen des Luftschutzes den Ge-